

Ein Geburtstag zum Nachdenken

Wochenarbeitszeit. Die Vereinbarung zur 35-Stunden-Woche ist jetzt 25 Jahre alt. Allerdings hat sie sich nur in wenigen Branchen durchgesetzt – vorrangig im Westen. Inzwischen gibt es sogar Forderungen, wieder länger zu arbeiten, weil die Fachkräfte knapp werden.

Die Geschichte der Arbeitszeitverkürzung begann in den 1960er Jahren. Damals wurde die Fünf-Tage-Woche eingeführt nach dem Motto: „Samstags gehört Vati mir“. Gut ein Jahrzehnt später setzten die Gewerkschaften das Thema Arbeitszeitverkürzung erneut auf die Agen-

da. In der Stahlindustrie forderte die IG Metall 1978/79 erstmals konkret die 35-Stunden-Woche – bei vollem Lohnausgleich.

Sie begründete das mit den Arbeitsmarktfolgen der ersten Ölpreiskrise: Wenn es weniger Arbeit – und mehr Arbeitslose – gibt, müsse die

vorhandene Arbeit breiter verteilt werden. Zum Hintergrund: Von 1972 bis 1978 legten die Ölpreise um mehr als 600 Prozent zu und die Arbeitslosenquote stieg von 1,1 auf 4,3 Prozent.

Die IG Metall konnte sich mit ihrer Forderung, die Arbeit umzuverteilen, zunächst nicht durchsetzen. Anfang der 1980er Jahre startete sie einen neuen Anlauf und drohte mit Streiks – und die Drucker wurden mit ins Boot geholt.

Nach einem mehrwöchigen Arbeitskampf 1984, der mit 5,6 Millionen Ausfalltagen einen seitdem nicht mehr erreichten Nachkriegshöchststand markierte, einigten sich die zuständigen Gewerkschaften und die Arbeitgeber darauf, die Wochenarbeitszeit in der M+E-Industrie und in der Druckindustrie bei vollem Lohnausgleich von 40 auf 38,5 Stunden zu verkürzen.

Im Gegenzug wurde den Arbeitgebern in der M+E-Industrie eine größere Flexibilität zugesagt:

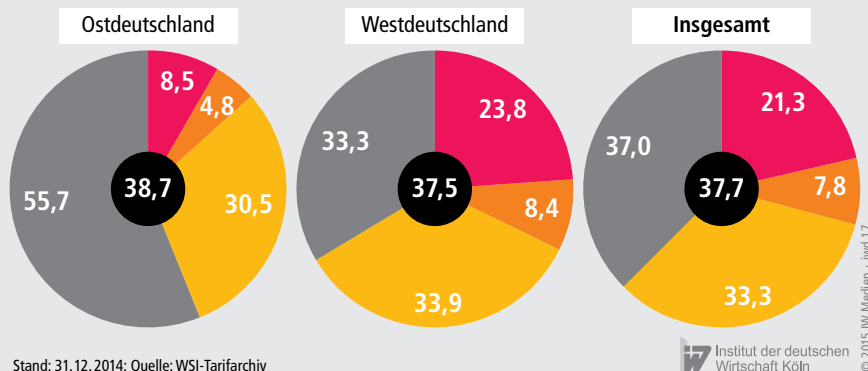
Je nach Beschäftigtengruppe konnte ein Korridor zwischen 37 und →

35-Stunden-Woche: Die meisten arbeiten mehr

■ Durchschnittliche tarifliche Wochenarbeitszeit in Stunden

So viel Prozent der Beschäftigten arbeiten im Geltungsbereich von Tarifverträgen mit

■ bis zu 35 Stunden ■ 36 bis 37 Stunden ■ 37,5 bis 38,5 Stunden ■ 39 Stunden und mehr



Inhalt

Arbeitspensum. Häufig wird unterstellt, dass Teilzeitbeschäftigte eigentlich lieber Vollzeit arbeiten würden. Dies trifft jedoch nicht zu.
Seite 3

Studium und Beruf. In Deutschland kann man rund 2.700 Studiengänge parallel zum Beruf absolvieren. Die Angebote könnten aber noch flexibler sein.
Seite 4-5

Investitionsfonds. Um die Investitionstätigkeit anzukurbeln, will die EU bis 2017 insgesamt 315 Milliarden Euro mobilisieren.
Seite 6

Kapitalmarktunion. Unternehmen in der EU sollen sich vermehrt über den Kapitalmarkt finanzieren. Dazu plant die EU neue Regeln.
Seite 7

Schnelles Internet. Auf dem Land bauen sich Webseiten oft nur sehr langsam auf. Das will die Bundesregierung bis 2018 ändern.
Seite 8

Institut der deutschen Wirtschaft Köln
 Präsident:
 Arndt Günter Kirchoff
 Direktor:
 Professor Dr. Michael Hüther
 Mitglieder:
 Verbände und Unternehmen in Deutschland

→ **40 Stunden genutzt werden. Die 38,5-Stunden-Woche musste nur im betrieblichen Durchschnitt gelten.**

Eine endgültige Vereinbarung zum stufenweisen Übergang zur 35-Stunden-Woche konnten die Gewerkschaften erst 1990 durchsetzen. Fünf Jahre später wurde die 35-Stunden-Woche dann in den westdeutschen Industriebereichen M+E und Druck Wirklichkeit.

In Ostdeutschland wurde auch nach der Wende länger gearbeitet als im Westen – in der M+E-Industrie zum Beispiel 38 Stunden pro Woche. Im Jahr 2003 versuchte die IG Metall, die 35-Stunden-Woche auch in



Interview +++ Interview +++ Interview +

Hagen Lesch ist Leiter des Kompetenzfelds Tarifpolitik und Arbeitsbeziehungen am Institut der deutschen Wirtschaft Köln.

Es mutet ja geradezu anachronistisch an, wenn jetzt eine Gewerkschaft wieder eine Reduzierung der Wochenarbeitszeit verlangt. Haben Sie eine Erklärung für dieses Verhalten?

Natürlich ist eine pauschale Verkürzung der Wochenarbeitszeit unzeitgemäß. Bei der Deutschen Post geht es ver.di auch gar nicht um eine Verkürzung. Die Forderung ist vielmehr eine Trotzreaktion auf eine Entscheidung des Unternehmens, seine Paketzustellung auf neue Gesellschaften zu übertragen, in denen geringere Tarifentgelte gezahlt werden sollen.

Vor 25 Jahren haben die Gewerkschaften die Verkürzung der Arbeitszeit auch wegen der vielen Arbeitslosen verlangt. Müssten wir nicht jetzt in Zeiten des demografischen Wandels die Arbeitszeit verlängern?

Wir müssen realistisch sein: Eine Verlängerung der Wochenarbeitszeit werden die Gewerkschaften nicht mitmachen. Um den demografischen Wandel aufzufangen, sind vielmehr flexible Arbeitszeiten notwendig. Dadurch können Frauen und ältere Arbeitnehmer besser am Erwerbsleben teilnehmen. Andererseits müssen Sabbaticals und Erziehungs- oder Pflegezeiten ebenso wie Altersteilzeitmodelle auch die betrieblichen Erfordernisse berücksichtigen. Arbeitszeitpolitik ist ein Feld, das betrieblich geregelt werden muss. Die Tarifparteien sollten nur den Rahmen setzen.

35-Stunden-Woche: Nur in drei Branchen Alltag

Tarifliche Wochenarbeitszeit in Stunden

■ Westdeutschland ■ Ostdeutschland

Eisen- und Stahlindustrie	35	35
Metallindustrie	35	38
Papier und Pappe verarbeitende Industrie	35	37
Energie- und Wasserversorgung	37,3	38
Chemische Industrie	37,5	40
Einzelhandel	37,5	38,1
Deutsche Post AG	38,5	38,5
Bankgewerbe	39	39
Hotel- und Gaststättengewerbe	39	39,5
Öffentlicher Dienst (Bund, Länder, Gemeinden)	39,2	40
Landwirtschaft	40	40
Bauhauptgewerbe	40	40

Stand: 31.12.2014
Quelle: WSI-Tarifarchiv

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien · iwd 17

der ostdeutschen Stahl- und M+E-Industrie mit Streiks zu erzwingen.

Während der Arbeitskampf in der Stahlindustrie erfolgreich war, scheiterte er in der M+E-Industrie.

Dementsprechend streuen die Arbeitszeiten nach wie vor zwischen West und Ost sowie zwischen den Branchen: In Westdeutschland beträgt das Wochenpensum im Schnitt 37,5 Stunden, in Ostdeutschland jedoch 38,7 Stunden. Das heißt aber auch: Die 35-Stunden-Woche ist selbst in Westdeutschland nur in wenigen Branchen Alltag (Grafik).

Außerdem hat die 40-Stunden-Woche längst nicht ausgedient. Sie gilt etwa im Bauhauptgewerbe und in der Landwirtschaft. Die Beamten des Bundes müssen sogar 41 Wochenstunden ran, die Ärzte in Unikliniken 42 Stunden.

Demzufolge liegt die tarifliche Wochenarbeitszeit für 33,9 Prozent der westdeutschen Beschäftigten zwischen 37,5 und 38,5 Stunden und für weitere 33,3 Prozent bei mindes-

tens 39 Stunden (Grafik Seite 1). In Ostdeutschland fallen sogar mehr als 86 Prozent der Beschäftigten in diese beiden Gruppen.

Nachdem die Debatte um die tarifliche Wochenarbeitszeit länger ruhte, hat sie sich jüngst belebt. So fordert die Gewerkschaft ver.di aktuell in den Tarifverhandlungen mit der Deutschen Post eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 38,5 auf 36 Stunden – wiederum bei vollem Lohnausgleich. Die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) will eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit um zwei Stunden auf 37 Stunden durchsetzen.

Angesichts des wachsenden Fachkräftemangels sind pauschale Arbeitszeitverkürzungen aber nicht mehr zeitgemäß (Interview). Sinnvoller wäre es, die Verbreitung flexibler Arbeitszeitmodelle weiterzuentwickeln, so wie es die IG Metall und der Arbeitgeberverband Gesamtmetall seit den 1980er Jahren wiederholt getan haben.

Die Teilzeitlüge

Arbeitspensum. Häufig wird Teilzeitbeschäftigung als nicht vollwertige oder sogar als prekäre Erwerbsform charakterisiert. Außerdem wird unterstellt, dass Teilzeitbeschäftigte eigentlich lieber Vollzeit arbeiten würden – dabei stimmt das gar nicht.

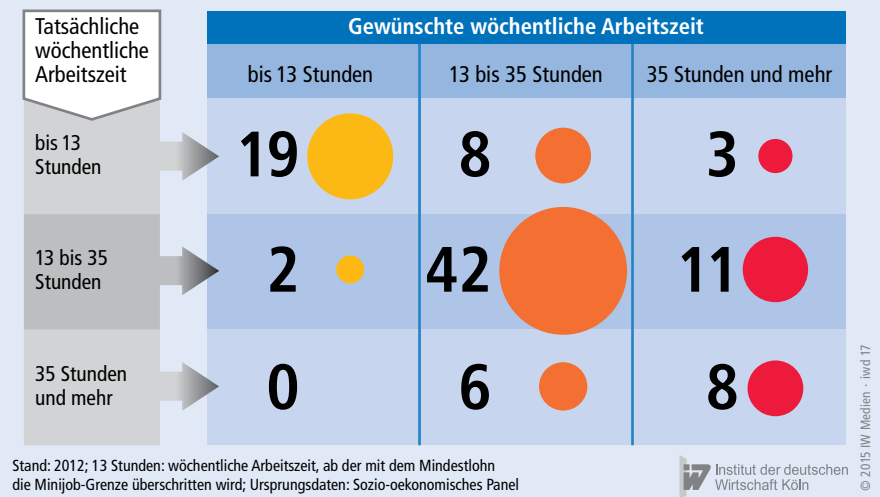
Nahezu 15 Millionen Menschen arbeiteten im vergangenen Jahr in Deutschland in Teilzeit, schätzt das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in Nürnberg. Das heißt, dass fast 39 Prozent aller Arbeitnehmer einer Teilzeitbeschäftigung nachgehen. Vor allem Frauen arbeiten in Teilzeit: Vier von fünf Teilzeitbeschäftigten sind weiblich. Insgesamt liegt die Teilzeitquote von Frauen bei 46 Prozent.

Die Bedeutung von Teilzeit als Alternative zum Vollzeitjob ist in den vergangenen Jahrzehnten deutlich gewachsen: Zu Beginn der 1990er Jahre war die Teilzeitquote mit 18 bis 20 Prozent nur halb so hoch wie heute. Im Laufe der Jahre sind dabei aber keine Vollzeitstellen in Teilzeitstellen umgewandelt worden, sondern es kamen neue Teilzeitstellen hinzu, die es zuvor nicht gab. Dennoch bereitet die Expansion der Teilzeit so manchem Unbehagen. Vielfach wird unterstellt, dass Teilzeit grundsätzlich unfreiwillig sei. Vor allem Frauen werde so der Zugang zu existenzsichernden Arbeitsplätzen verwehrt, heißt es.

Tatsächlich gibt es für diese Sicht der Dinge keine belastbaren Belege. Der Mikrozensus, eine regelmäßige Befragung von 1 Prozent der bundesdeutschen Haushalte, will von den Beschäftigten unter anderem

Teilzeit: Wunsch und Wirklichkeit

Arbeitszeitwünsche von Teilzeit- und geringfügig Beschäftigten in Prozent



wissen, warum sie in Teilzeit arbeiten. Das Resultat:

Lediglich 16 Prozent der Teilzeitbeschäftigten gaben 2012 an, keinen Vollzeitjob gefunden zu haben – ein Befund, der in derselben Größenordnung auch schon vor zehn Jahren galt.

Von den Frauen sind in der jüngsten Mikrozensus-Befragung sogar nur 14 Prozent aus ökonomischen Gründen unfreiwillig teilzeitbeschäftigt. Hingegen macht rund die Hälfte der Frauen persönliche oder familiäre Verpflichtungen für ihren Teilzeitjob geltend. Überwiegend dürfte es sich dabei um die Betreuung von Kindern handeln – wobei hierbei durchaus auch Unfreiwilligkeit eine Rolle spielen kann, etwa wenn es an Kinderbetreuung mangelt.

Allerdings gibt es auch Teilzeitbeschäftigte, darunter viele Minijobber, die gerne mehr arbeiten würden als zurzeit. Aber die wenigsten von ihnen wollen deshalb gleich auf eine Vollzeitstelle wechseln (Grafik):

Gerade einmal 14 Prozent der geringfügig Beschäftigten und der Teil-

zeiter wollen auf Vollzeitniveau aufstocken; immerhin 22 Prozent streben so viele Mehrstunden an, dass sie damit in eine höhere Arbeitszeitkategorie rutschen.

Die meisten – 69 Prozent – sind mit ihrem Arbeitszeitniveau einigermaßen zufrieden. Und 8 Prozent der Teilzeitbeschäftigten, die mindestens 13 Stunden die Woche arbeiten, wünschen sich sogar eine deutliche Arbeitszeitreduzierung.

Über einen längeren Zeitraum hinweg gelingt es vielen Teilzeitbeschäftigten offensichtlich auch, ihre Wünsche nach kürzeren oder längeren Arbeitszeiten zu realisieren. Von allen Teilzeitern, die 2010 mindestens drei Stunden die Woche mehr arbeiten wollten, meldeten ein Jahr später nur noch 54 Prozent ein solches Bedürfnis an. Ein weiteres Jahr später betrug der Anteil der Arbeitnehmer, die deutlich länger arbeiten wollten, nur noch 43 Prozent – wohingegen 19 Prozent ihre Arbeitszeit sogar wieder reduzieren wollten.

Vieles geht, aber längst nicht alles

Studium und Beruf. Mit der Einführung der Bachelor- und Masterstudiengänge sollten auch die Möglichkeiten des lebenslangen Lernens erweitert werden. Zurzeit kann man in Deutschland rund 2.700 Studiengänge parallel zum Beruf absolvieren, meist in Teilzeit. Flexiblere Angebote mit Präsenzphasen am Wochenende und Internetvorlesungen sind noch eher selten.

Um neben dem Job zu studieren, braucht es nicht nur entsprechend flexible Angebote. Auch die Zugangsmöglichkeiten sollten von der Bildungspolitik entsprechend gestaltet werden. Tatsächlich benötigt man heute nicht mehr zwingend das Abitur, um zu studieren.

Seit 2009 gelten berufliche Fortbildungsabschlüsse wie Meister oder Fachwirt als allgemeine Hochschulreife. Und auch Absolventen einer Berufsausbildung stehen nach wenigen Jahren Berufserfahrung die Hochschulen offen, ohne einen Meister oder Fachwirt vorweisen zu müssen. Ihnen können sogar bis zu 50 Prozent der im Studium erforderlichen Credit Points durch Lernleis-

tungen aus dem Berufsbildungssystem angerechnet werden.

Der Hochschulrektorenkonferenz zufolge gibt es vier Varianten, um neben dem Beruf zu studieren: berufsbegleitend, berufsintegrierend, in Teilzeit oder als Fernstudium. Die Suchmaschine der Hochschulrektorenkonferenz, der Hochschulkompass, listet insgesamt rund 3.300 solcher Studiengänge auf. Allerdings ist diese Zahl zu groß, denn viele Hochschulen ordnen ihre Studiengänge mehreren Kategorien zu.

Berücksichtigt man jeden genannten Studiengang nur einmal, so kommt man aktuell auf 2.723 Studiengänge, die sich mit dem Beruf vereinbaren lassen.

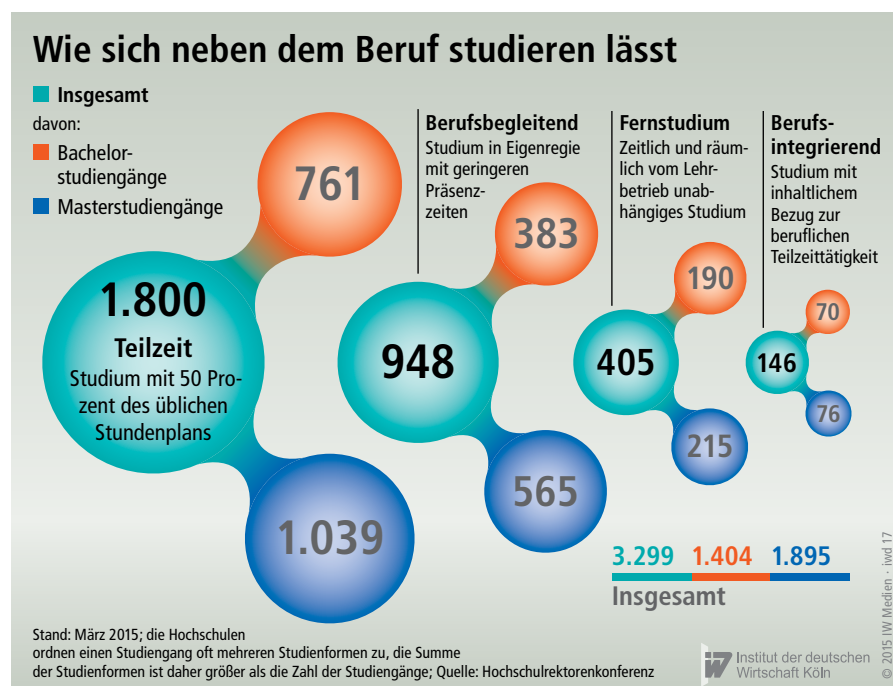
Das entspricht einem Anteil von 17 Prozent an allen Bachelor- und Masterstudiengängen, wobei rund 20 Prozent der Masterstudiengänge und 15 Prozent der Bachelorstudiengänge für Berufstätige geeignet sind. Nicht einbezogen in diese Zählung sind die rund 1.100 dualen Studiengänge, von denen sich nur 127 Masterstudiengänge auch an Berufstätige richten.

Die vier Studienarten im Detail (Grafik):

- **Das Teilzeitstudium** ist die am weitesten verbreitete Studienmöglichkeit für Berufstätige – mehr als die Hälfte der berufsbegleitenden Studiengänge entfällt auf diese Studienform. Beim Teilzeitmodell können Berufstätige das Studium mit einem Zeitaufwand von 50 Prozent des sonst üblichen Stundenplans erfüllen – entsprechend verlängert sich also die Studienzeit. Da von Teilzeitstudenten erwartet wird, dass sie bei Seminaren und Vorlesungen anwesend sind, müssen diese meist ihre Arbeitszeit für die Dauer des Studiums reduzieren.

- **Berufsbegleitende Studienmöglichkeiten** sind anders als das Teilzeitstudium auch neben einer Vollzeitberufstätigkeit realisierbar, da die Präsenzanteile geringer sind. Studiert wird größtenteils in Eigenregie unter Nutzung von Onlineseminaren und -vorlesungen. Berufsbegleitende Studiengänge machen gut ein Viertel des Angebots aus.

- **Das Fernstudium** ist die Studienform, die sich vor allem als Selbststudium eignet. Denn die Studieninhalte können zeitlich und räumlich unabhängig vom Lehrbetrieb der



Hochschule durchgearbeitet werden. Beim Fernstudium wird intensiv mit virtuellen Vorlesungen und Seminaren gearbeitet. Noch sind lediglich gut 12 Prozent der Angebote für Berufstätige aus der Ferne studierbar. Das Interesse, am akademischen Leben aus dem heimischen Wohnzimmer heraus teilzuhaben, wächst allerdings deutlich (vgl. iwd 38/2014).

- **Berufsintegrierende Studiengänge** richten sich an Interessenten mit abgeschlossener Berufsausbildung und Berufserfahrung. Der Zugang ist auch ohne Fachhochschulreife oder allgemeine Hochschulreife möglich und wird mit einer beruflichen Teilzeittätigkeit kombiniert, die einen inhaltlichen Bezug zum Studium hat. Hochschule und Betrieb treffen dabei eine Vereinbarung über die Freistellung des Mitarbeiters. Lediglich 4 Prozent des Angebots für Berufstätige zählen zu dieser Studienform, die im Unterschied zu den drei anderen Varianten eine Koordination von Hochschule und Unternehmen erfordert.

Besonders eifrig bemühen sich die privaten Hochschulen um Berufstätige mit Studienambitionen:

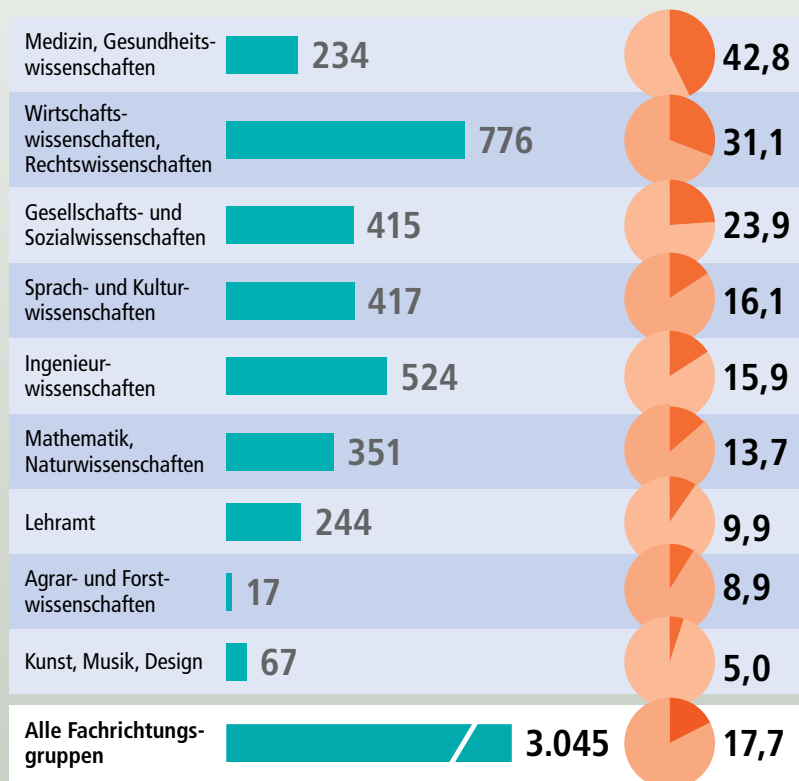
An den privaten Universitäten und Fachhochschulen ist nahezu die Hälfte des Studienangebots neben dem Beruf studierbar.

Bei den staatlichen und den kirchlichen Hochschulen liegt dieser Anteil unter 20 Prozent.

Während die staatlichen Angebote zu zwei Dritteln darin bestehen, Vollzeitstudiengänge auch in Teilzeit anzubieten, setzen die privaten Hochschulen stärker auf eine Reduzierung der Anwesenheitspflichten.

Was sich neben dem Beruf studieren lässt

■ Neben dem Beruf studierbare Studiengänge (nach Fachrichtungsgruppen)
 ■ in Prozent aller Bachelor- und Masterstudiengänge



Stand: März 2015; neben dem Beruf studierbare Studiengänge: Teilzeitstudiengänge, berufsbegleitende Studiengänge, Fernstudium, berufsintegrierende Studiengänge; die Hochschulen ordnen einen Studiengang oft mehreren Studienformen zu, die Summe der Studienformen ist daher größer als die Zahl der Studiengänge; Quelle: Hochschulrektorenkonferenz

iw Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2015 IW-Medien - iwd 17

Bei ihnen ist der Anteil an berufs begleitenden Studiengängen (45 Prozent) sowie an Fernstudiengängen (20 Prozent) deutlich höher als bei den staatlichen Hochschulen (22 beziehungsweise 9 Prozent).

Zugleich machen berufsintegrierende Studienmöglichkeiten, die an die inhaltlichen Erfahrungen von Studenten ohne Hochschulzugangsberechtigung anknüpfen, annähernd 10 Prozent des Angebots der Privaten aus, bei den staatlichen Hochschulen erst gut 2 Prozent.

Besonders viele Studienoptionen für Berufstätige gibt es in den Gesundheitswissenschaften (Grafik):

Vier von zehn Studiengängen sind flexibel organisiert, rund zwei Drittel davon als Fernstudium oder berufsbegleitend.

Etwa 5 Prozent der Studiengänge in den Gesundheitswissenschaften haben als berufsintegrierende Angebote einen inhaltlichen Bezug zu den beruflichen Erfahrungen. Damit bieten sich für Bildungsaufsteiger aus dem berufsbildenden System in den Gesundheitswissenschaften die meisten Chancen, zu akademischen Weihen zu kommen – in den ingenieurwissenschaftlichen Fächern beträgt das berufsintegrierende Angebot gerade einmal 0,5 Prozent.

Insgesamt sind in den Ingenieurwissenschaften 16 Prozent der Studienangebote neben dem Beruf machbar. Immerhin die Hälfte dieser Studiengänge gehört zu den besonders eigenverantwortlich gestaltbaren Varianten wie dem Fern- oder dem berufsbegleitenden Studium.

Milliarden für die Infrastruktur

Investitionsfonds. Die EU will der schwachen Investitionstätigkeit in Europa auf die Beine helfen. Dazu sollen bis 2017 insgesamt 315 Milliarden Euro mobilisiert werden. Wenn im Gesetzgebungsprozess alles glattläuft, könnte die Investitionsoffensive in der zweiten Jahreshälfte starten.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hatte auch einen deutlichen Rückgang der Investitionen in der EU zur Folge (Grafik). Seit nunmehr drei Jahren betragen die Bruttoanlageinvestitionen weniger als 20 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Mit einem Maßnahmenpaket will die EU-Kommission nun bis zum Jahr 2017 etwas gegen die Investitionsschwäche tun – letztlich mit dem Ziel, 1 bis 1,3 Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen und das Bruttoinlandsprodukt der EU um 330 bis 410 Milliarden Euro zu steigern.

Dazu wird bei der Europäischen Investitionsbank (EIB) ein neuer Europäischer Fonds für strategische Investitionen (EFSI) errichtet. Er

wird mit einer Garantie zulasten des EU-Haushalts in Höhe von 16 Milliarden Euro ausgestattet. Darüber hinaus werden 5 Milliarden Euro von der Investitionsbank bereitgestellt. Durch die Risikobeteiligung des EFSI will die EU-Kommission einen Anreiz für private Investoren schaffen, sich ebenfalls an den Projekten zu beteiligen.

Aufgrund früherer Erfahrungen schätzt die EU-Kommission, dass die Fondsmittel von 21 Milliarden Euro am Ende zu einem 15-mal so großen Investitionsvolumen führen – und somit insgesamt Investitionen in Höhe von 315 Milliarden Euro angestoßen werden können.

Von dieser Summe sollen rund 240 Milliarden Euro auf langfristige Investitionen entfallen, insbesondere auf Infrastrukturprojekte in den Bereichen Breitband- und Energienetze, Verkehr, Bildung, Forschung und Innovation sowie erneuerbare Energien und Energieeffizienz. Ungefähr 75 Milliarden Euro sollen für kleine und mittlere (KMU) sowie für

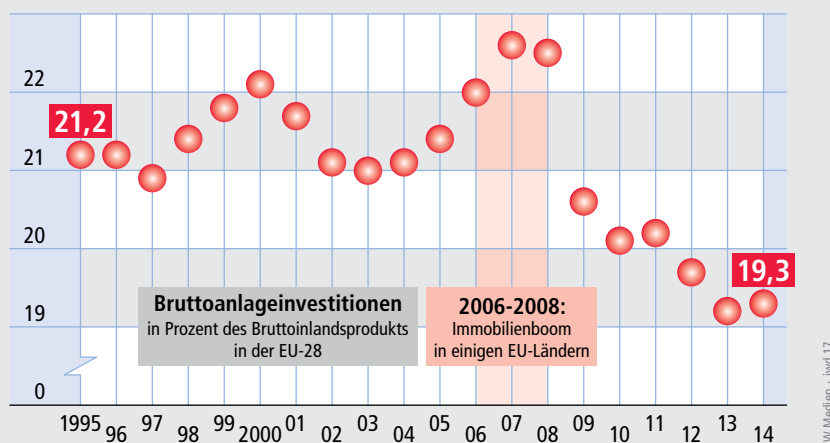
mittelgroße Unternehmen eingesetzt werden. Zu Letzteren zählt die Europäische Union Firmen mit 250 bis 3.000 Beschäftigten.

Der Rat der Wirtschafts- und Finanzminister der Europäischen Union hat im Herbst 2014 eine Taskforce ins Leben gerufen, die in ihrem Abschlussbericht Vorschläge zur Verbesserung der Investitionsbedingungen gemacht hat. Die Mitgliedsstaaten haben dem Gremium eine Liste mit mehr als 2.000 Projekten gemeldet, die insgesamt 1.300 Milliarden Euro kosten würden. Für die endgültige Auswahl und die Genehmigung der Förderung ist der mit unabhängigen Sachverständigen besetzte Investitionsausschuss des EFSI verantwortlich.

Mit Geld allein wird man die gegenwärtige Investitionsschwäche freilich nicht beseitigen können. Mindestens genauso wichtig ist, dass die EU-Staaten die notwendigen Strukturreformen fortsetzen, die öffentlichen Haushalte weiter konsolidieren sowie jene Regulierungen und andere Hürden abbauen, die Investitionen verhindern.

Den letztgenannten Aspekt hat die Kommission in ihre Investitionsoffensive aufgenommen. Konkret weist sie auf nichtfinanzielle und regulatorische Hemmnisse in Schlüsselsektoren des Binnenmarktes hin. Im Bereich Energie zum Beispiel will sie das Problem angehen, dass einige Mitgliedsstaaten an einer marktverzerrenden Regulierung der Preise für Endverbraucher festhalten. Im Bereich digitale Netze sollen rechtliche Vorschriften für Onlinekäufe modernisiert und vereinfacht werden.

Die Investitionsquote geht zurück



Bruttoanlageinvestitionen: dazu gehören Investitionen in Maschinen, Anlagen und Fahrzeuge; Quelle: Eurostat

Brüssel will neue Regeln

Kapitalmarktunion. Die EU-Kommission möchte, dass sich Unternehmen vermehrt über den Kapitalmarkt finanzieren – auch grenzüberschreitend. Dazu will sie neue Regeln einführen. Spekulative Anlageformen sollen angemessen reguliert werden.

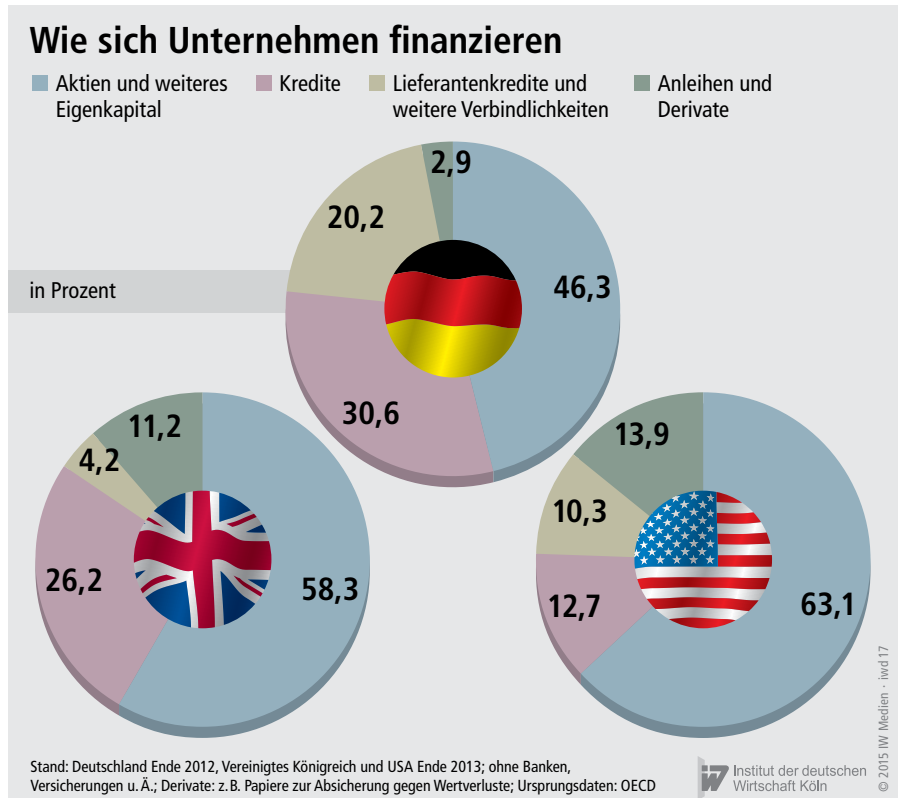
Die EU-Kommission will bis 2019 einen grenzüberschreitenden Kapitalmarkt schaffen. Nach ihren Vorstellungen sollen insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen in Europa leichter Aktien, Anleihen und andere Anlageinstrumente an Investoren begeben können, um sich neue Finanzquellen zu erschließen.

Denn der Kommission passt es nicht, dass in Europa die Unternehmen bei der Beschaffung von Fremdkapital nach wie vor zu sehr von Banken abhängig sind – vor allem auch in Deutschland (Grafik):

Jeden dritten Euro beschaffen sich die Unternehmen hierzulande über Kredite.

Der Deutsche Sparkassen- und Giroverband sieht im herkömmlichen Bankkredit eher eine Lösung als ein Problem. Weder das Emittieren von Anleihen noch komplexe, alternative Refinanzierungsmöglichkeiten könnten die Kreditklemme in verschiedenen EU-Ländern überbrücken. Vielmehr solle darüber nachgedacht werden, die lokale Beziehung zwischen Banken sowie kleinen und mittleren Unternehmen in ganz Europa zu verwurzeln und das Vertrauen zwischen Unternehmern und Kreditinstituten zu stärken.

Auch vielen Unternehmern ist der Kapitalmarkt suspekt: Allenfalls große Firmen setzen vermehrt auf



Unternehmensanleihen, der Mittelstand dagegen bleibt der Kreditfinanzierung treu.

Noch größer ist die Skepsis hierzulande gegenüber dem hybriden Kapitalmarkt. Dort werden Verbriefungen, Derivate – u. a. Papiere zur Absicherung gegen Wertverluste – und andere komplexe Finanzierungsinstrumente gehandelt.

Ein solcher – in der Finanzkrise in Verruf geratener – Risikokapitalmarkt ist in Deutschland praktisch nicht vorhanden. In den USA macht er jedoch einen Großteil der Fremdkapitalfinanzierung aus. Auf breite Zustimmung treffen die Pläne der Kommission deshalb nicht zuletzt bei angelsächsischen Investmentfonds, die sich auch in Kontinentaleuropa den Durchbruch ihres Geschäftsmodells versprechen.

Der Kommission ist klar, dass es Vorbehalte gegenüber den neuen Finanzierungswegen gibt und Risiken begrenzt werden müssen. Brüssel will deshalb nicht nur den Zugang

für Unternehmen und Investoren zum Kapitalmarkt erleichtern, sondern auch europaweite Regeln für solche Geschäfte aufstellen:

- Angedacht ist etwa, für kleine und mittlere Unternehmen die Vorgaben für Prospekte zu lockern – das sind Informationen, die Unternehmen potenziellen Investoren zur Verfügung stellen müssen.
- Auf der anderen Seite will Brüssel riskante hybride Kapitalmarktprodukte, die auf den Markt kommen, durch konkrete Vorgaben angemessen regulieren.

Mittel- und langfristig will die Kommission auch den europäischen Rechtsrahmen in diesem Bereich vereinheitlichen, also das Insolvenz-, Wertpapier- und Steuerrecht.

Gelingt es Brüssel, den Kritikern den Wind aus den Segeln zu nehmen und Mittelständler von den Vorteilen der Kapitalmarktfinanzierung zu überzeugen, dann könnten tatsächlich neue Mittel für Investitionen lockergemacht werden.

Der Countdown läuft

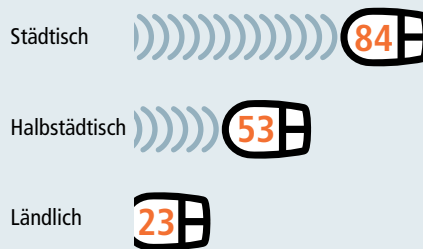
Schnelles Internet. Auf dem platten Land bauen sich Webseiten oft nur quälend langsam auf. Das soll sich bis 2018 ändern. Das Stichwort für die Beschleunigung des Internets heißt Digitale Dividende II.

Während in den Städten schon ein großer Teil der Firmen und Haushalte von hochleistungsfähigen Breitbandanschlüssen profitiert, geht der Ausbau in den ländlichen Gebieten Deutschlands eher schleppend voran (Grafik).

Dem will die Bundesregierung mit einem Investitionsprogramm in Höhe von 1,1 Milliarden Euro begegnen. Zudem sollen auch die Erlöse aus einer Versteigerung von Rundfunkfrequenzen für ein leistungsfähigeres LTE-Netz zur Finanzierung des Breitbandausbaus verwendet werden (Digitale Dividende II). Das 700-Megahertz-Frequenzband besitzt ein deutlich höheres Potenzial für die Datenübertragung

Internet: In der Provinz tröpfelt es nur

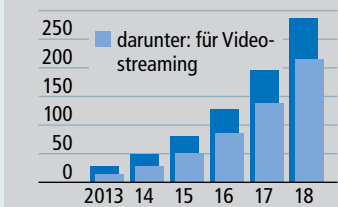
Für so viel Prozent der Haushalte waren Ende 2014 Internetanschlüsse mit einer Geschwindigkeit von mindestens 50 Mbit/s beim Download verfügbar



Städtisch: 500 und mehr Einwohner pro Quadratkilometer, halbstädtisch: 100 bis 500, ländlich: weniger als 100; Quelle: TÜV Rheinland

Die Datenflut

Mobiles Datenvolumen in Deutschland in Petabyte pro Monat



Prognose vom Juni 2014 für 2015 bis 2018

1 Petabyte sind 1.000.000.000.000.000 Byte
Quelle: Telekommunikationsunternehmen Cisco

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien - iw17

auf großen Entfernungen als gängige LTE-Lösungen. Deshalb ist es für den Ausbau im ländlichen Raum besonders gut geeignet.

Die Versteigerung soll mindestens 1,4 Milliarden Euro bringen, die zwischen Bund und Ländern hälftig geteilt werden. Die Länder planen, ihre Einnahmen in Digitalisierungsmaßnahmen wie öffentliche WLAN-Netze und den Breitbandausbau zu investieren.

Dass der Staat den Ausbau des Breitbandnetzes fördert, ist sinnvoll. Denn in vielen dünn besiedelten Gebieten lohnt es sich für kommerzielle Anbieter nicht, enorme Summen in Hochleistungsnetze zu stecken.

Laut TÜV Rheinland sind für einen flächendeckenden Ausbau der Netze mit Download-Geschwindigkeiten von mindestens 50 Megabit pro

Sekunde Investitionen in Höhe von rund 20 Milliarden Euro erforderlich.

Allein 8 Milliarden Euro braucht man, um die letzten 5 Prozent der Haushalte anzuschließen. Voraussetzung dafür, dass dieser Kostenrahmen eingehalten werden kann, ist eine Mischung aus kabelgebundenen Anschlüssen und den neuen LTE-Zugängen. Ausschließlich kabelgebundene Zugänge verursachen weitaus höhere Kosten.

Damit der angepeilte Technologiemix funktioniert, muss zudem die LTE-Versorgung stehen. Deshalb werden die Mobilfunkanbieter bei der Abgabe ihres Gebots für die zusätzlichen Frequenzen verpflichtet, binnen drei Jahren bundesweit 98 Prozent aller Haushalte mit LTE zu erschließen, in jedem Bundesland aber mindestens 95 Prozent.

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein

Stellv. Chefredakteur: Klaus Schäfer (verantwortlich)

Redaktion: Andreas Wodok (Textchef), Berit Schmiedendorf, Sara Schwedmann, Alexander Weber

Redaktionsassistentz: Ines Pelzer

Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen

Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504

E-Mail: iw@iwkoeln.de

Bezugspreis: € 9,01/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer, Erscheinungsweise wöchentlich

Abo-Service: Therese Hartmann, Telefon 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de

Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln, Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln

Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim

Dem iwD wird einmal monatlich (außer Juli und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: pressemonitor.de

iW.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.